



BÜNDNIS DER BÜRGERINITIATIVEN KEIN FLUGHAFENAUSBAU - FÜR EIN NACHTFLUGVERBOT



Über 80 Initiativen im Rhein-Main-Gebiet

24. Februar 2015

Pressemitteilung

BBI-Delegation trifft SPD-Landtagsfraktion Die etwas andere Sicht der Flughafenpolitik.

Eine Delegation aus Vertretern der dem Bündnis angeschlossenen Bürgerinitiativen und des SPD-Ortsvereins Sachsenhausen hat heute an der Sitzung der SPD-Landtagsfraktion teilgenommen.

Es wurden aktuelle Themen wie z.B. die Ergebnisse des NORAH-Kindermoduls und die INTRAPLAN-Prognosen zur Entwicklung des Luftverkehrs in Frankfurt behandelt. Auch kamen Aspekte der Geschäftsentwicklung und der Flughafenfinanzierung zur Sprache. Schließlich hat das Bündnis einen Vorschlag dargelegt, der die wirtschaftliche Entwicklung Fraports und Hessens sichern kann. Wir wollen qualifizierte Arbeitsplätze am Flughafen und wieder Frieden in der Region gewinnen.

„Die Diskussion wurde erfreulich offen geführt, war jedoch gekennzeichnet durch die sehr unterschiedlichen Vorstellungen von einer zukünftigen Flughafenpolitik. Wir sind zuversichtlich, dass wir den SPD-Abgeordneten Denkanstöße gegeben und die flughafenkritischen SPD-Mitglieder unterstützt haben. Wir denken weiter und wollen wieder stolz sein können auf unseren Flughafen. Viel zu oft wird das Bündnis der Bürgerinitiativen als Flughafengegner diffamiert.“ meint Dietrich Elsner, Sprecher des BBI Bündnis der Bürgerinitiativen.

Das „Bündnis der Bürgerinitiativen - Kein Flughafenausbau - Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr“, kurz: BBI, ist ein Zusammenschluss von mehr als 80 Initiativen. Das Bündnis streitet für die Wiedergewinnung und den Erhalt der Lebensqualität der Menschen im Rhein-Main-Gebiet. Es setzt sich für die Schaffung einer lebenswerten Region ein und fordert den Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs und erklärt sich solidarisch mit allen von Verkehrslärm betroffenen Menschen. Das Bündnis fordert einen verantwortungsvollen Umgang mit der Mobilität. Die gemeinsamen Ziele sind:

- Verhinderung des Ausbaus des Frankfurter Flughafens und anderer Flughäfen in der Region. Kein Terminal 3.
- Schaffung von nächtlicher Ruhe durch ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.
- Schaffung von rechtlich einklagbaren Grenzen der Belastung für die Bürgerinnen und Bürger.
- Verursachergerechte Zuordnung von Kosten auf die Luftverkehrsindustrie; Stopp der Subventionen.
- Verringerung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 pro Jahr und Reduzierung der bestehenden Belastungen durch Fluglärm, Luftverschmutzung und Bodenverbrauch durch Flugverkehr im Rhein-Main-Gebiet.
- Stilllegung der Landebahn Nordwest.

Kontakt:

Dietrich Elsner, Bündnissprecher
eMail: elsner@flughafen-bi.de
Telefon 06131 5863159